



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Präsident des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Horst Seehofer

Bundesminister

HAUSANSCHRIFT
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT
11014 Berlin

TEL +49(0)30 18 681-11000
FAX +49(0)30 18 681-11014

@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Berlin, 20. November 2018

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Oktober 2018.

Mit Blick auf die Vereinbarungen der Koalitionspartner im Koalitionsausschuss am 5. Juli 2018 im Nachgang zum Europäischen Rat am 28. Juni 2018 hat mein Haus in den vergangenen Monaten mit mehreren EU-Mitgliedstaaten zu zwei unterschiedlichen Punkten Verhandlungen geführt.

Hierbei handelt es sich zum einen um Verhandlungen zum Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen im Sinne von Artikel 36 der sog. Dublin-III-Verordnung. Dies betrifft die von Ihnen benannte Vereinbarung mit Portugal, die dem Bundestag übermittelt wurde. Zum anderen wurden mit Griechenland und Spanien Absprachen zu Zurückweisungen an der Grenze getroffen. Bei den Absprachen geht es um Personen, bei denen im Rahmen von vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze festgestellt wird, dass sie bereits einen Asylantrag in dem anderen Mitgliedstaat gestellt haben (sog. EURODAC Treffer der Kategorie 1). Es handelt sich dabei nicht um ein Dublin-Verfahren, sondern um eine unmittelbare Zurückweisung an dieser Grenze, d. h. eine Einreise in die Bundesrepublik Deutschland findet nicht statt (für den Transport zum Flughafen etc. gilt insoweit die „Fiktion der Nichteinreise“).

Nach Ansicht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) ist das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in

Angelegenheiten der Europäischen Union hinsichtlich dieser Zurückweisungsabsprachen nicht einschlägig. Es handelt sich hierbei um rein bilaterale Absprachen, die bei einer Gesamtbetrachtung der Umstände in keinem Ergänzungs- oder sonstigen besonderen Näheverhältnis zum Recht der Europäischen Union stehen und damit keine Angelegenheit der Europäischen Union im Sinne von Artikel 23 Abs. 2 Grundgesetz darstellen.

Den Bitten zur Herausgabe der mit Griechenland und Spanien getroffenen Absprache konnte in der Vergangenheit auch deshalb nicht entsprochen werden, weil dies zu diesem Zeitpunkt den Ausgang der Verhandlungen mit Italien über eine ähnliche Absprache hätte beeinträchtigen und gefährden können. Die zwischenzeitlich auf Arbeitsebene finalisierte Rahmenabsprache zwischen dem BMI mit dem italienischen Innenministerium über ein gemeinsames Handeln zur Migrationssteuerung auf See und Eindämmung der Sekundärmigration hängt noch von der abschließenden politischen Zustimmung der italienischen Seite ab. Zuletzt hat sich gezeigt, dass derzeit noch immer nicht konkret absehbar ist, wann die italienische Seite ihre politische Zustimmung zur Absprache erteilen wird. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen ist das BMI nunmehr zu dem Ergebnis gelangt, die Absprachen mit Griechenland und Spanien herauszugeben.

Ablichtungen der Absprache mit Griechenland und der Absprache mit Spanien liegen diesem Schreiben bei.

Vor dem Hintergrund, dass die Absprache mit Italien noch nicht abgeschlossen ist, bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich Ihrer Anforderung um Übermittlung dieser Absprache derzeit nicht nachkommen kann.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'K' followed by a horizontal line and a flourish.